

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

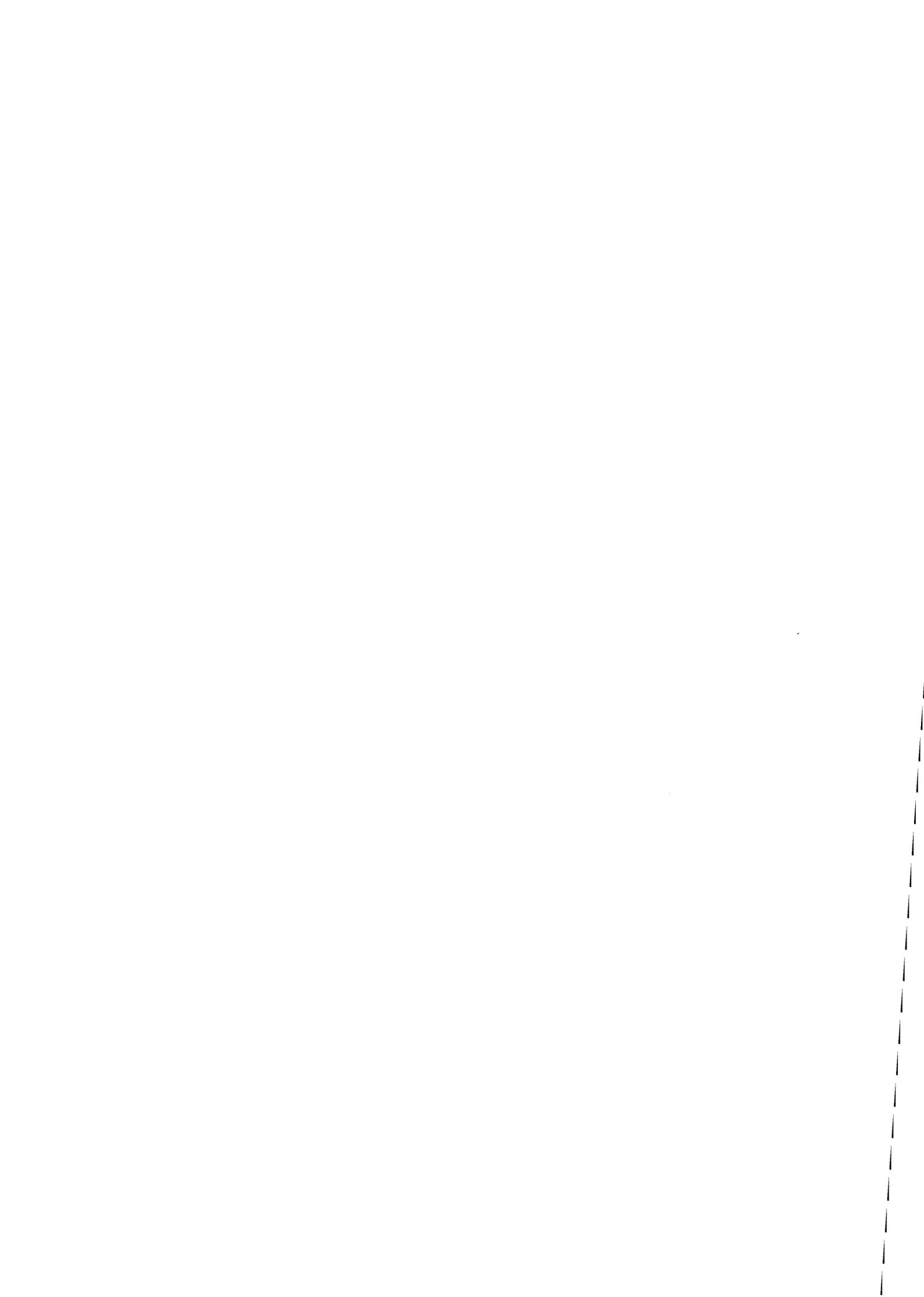
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 16/9300 und 16/10150 (Ergänzungsvorlage)

Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Hauptausschusses

Votum

Der Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung – wird in der Fassung der vom Hauptausschuss beschlossenen Änderungsanträge angenommen.



Bericht

A Allgemeines

Der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) der Landesregierung - Drucksache 16/9300 - wurde vom Plenum nach der 1. Lesung am 3. September 2015 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt.

Die Ergänzung zum Haushalt - Drucksache 16/10150 - wurde von der Landesregierung am 12. November 2015 eingebracht.

Der in den Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses fallende Teil des Einzelplans 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung – wurde in den Sitzungen des Hauptausschusses am 24. September und 29. Oktober 2015 beraten. Die abschließende Beratung und Abstimmung fand unter Berücksichtigung der Vorlagen 16/3301 und 16/3435 in der Sitzung am 19. November 2015 statt.

B Anträge der Fraktionen

Von der Fraktion der CDU wurde zur abschließenden Beratung im Ausschuss der in der Anlage beigefügte Änderungsantrag vorgelegt. Von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden die als Anlage beigefügten vier Änderungsanträge vorgelegt. Über diese Änderungsanträge wurde jeweils einzeln abgestimmt.

Der Antrag der CDU Fraktion wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden angenommen. Die jeweiligen Abstimmungsergebnisse ergeben sich aus den Anlagen.

C Abstimmung

Bei der Abstimmung wurde der Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Piraten ohne Beteiligung der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion der FDP in der durch die Änderungsanträge geänderten Fassung angenommen.

Prof. Dr. Rainer Bovermann
Vorsitzender

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
	CDU	<p>Kapitel 07 070 Landeszentrale für politische Bildung Titel 534 10 Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.401.500 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.705.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.651.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Flüchtlingen und Asylbewerbern, die dauerhaft in Deutschland Aufnahme finden wollen, soll die Integration durch schnelles Erlernen der deutschen Sprache und baldige Einbindung in den Arbeitsmarkt erleichtert werden. Zum Gelingen der Integration gehören unabdingbar zunächst das Zurechtfinden in einer für sie fremden Kultur, vor allem aber auch das Verständnis und die Beachtung unserer Rechts- und Werteordnung.</p> <p>Es ist dringend geboten, den ankommenden Flüchtlingen solche Basisinformationen mehrsprachig und verständlich an die Hand zu geben.</p> <p>Insbesondere ist notwendig, dass die Landeszentrale für politi-</p>		2016		2015	von	1.401.500 Euro		1.705.000 Euro	um	250.000 Euro			auf	1.651.000 Euro			<p>SPD: nein CDU: ja GRÜNE: nein FDP: Enthaltung PIRATEN: ja</p>
	2016		2015																
von	1.401.500 Euro		1.705.000 Euro																
um	250.000 Euro																		
auf	1.651.000 Euro																		

		<p>sche Bildung zusätzliche Angebote entwickelt, die niedrighschwellig angelegt sind und in den Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber oder an geeigneten Orten über die Grundlagen unserer Verfassung, über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit informieren und für die Werte des Zusammenlebens in Deutschland und Nordrhein-Westfalen werben. Dafür reichen die bisherigen Mittel nicht aus.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Landeszentrale für politische Bildung</p> <p>Titel 534 10 Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;">2016: 2015:</p> <p>von 1 401 500 Euro 1 705 000 Euro um 100 000 Euro auf 1 501 500 Euro</p> <p>Anbringung eines Haushaltsvermerks: Nr. 5: Siehe Deckungsvermerk bei Titel 684 22.</p> <p>Begründung: Die Landeszentrale für politische Bildung hat die Aufgabe, demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation zu fördern. Die Erhöhung fußt auf den allgemein gestiegenen Anforderungen an die politische Bildungsarbeit. Zudem sind anlässlich der Jubiläen „70 Jahre NRW“, „70 Jahre Landtag NRW“ und „70 Jahre Landeszentrale für politische Bildung NRW“ deutlich mehr Aufwendungen für Veranstaltungen sowie Informationen zu erwarten.</p>	<p>SPD: ja CDU: Enthaltung GRÜNE: ja FDP: nein PIRATEN: ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Titel 684 22</p> <p style="text-align: center;">Landeszentrale für politische Bildung Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie Salafismus</p> <p>Änderung der Zweckbestimmung in „Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus“</p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 1.050.000 Euro</td> <td>850.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.150.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 350.000 Euro</td> <td>300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 750.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Fälligkeit der zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in 2017.</p>	2016	2015	von 1.050.000 Euro	850.000 Euro	um 2.100.000 Euro		auf 3.150.000 Euro		2016	2015	von 350.000 Euro	300.000 Euro	um 750.000 Euro		auf 1.100.000 Euro		<p>SPD: ja CDU: keine Beteiligung GRÜNE: ja FDP: nein PIRATEN: ja</p>
2016	2015																		
von 1.050.000 Euro	850.000 Euro																		
um 2.100.000 Euro																			
auf 3.150.000 Euro																			
2016	2015																		
von 350.000 Euro	300.000 Euro																		
um 750.000 Euro																			
auf 1.100.000 Euro																			

Folgender Haushaltsvermerk ist anzubringen:

Dieser Titel ist deckungsfähig mit dem Titel 534 10 in der Höhe von bis zu 100.000 EUR für Angebote im Bereich Zuwanderung.

Neufassung der Erläuterungen zu Titel 684 22:

Im Hinblick auf das integrierte Handlungskonzept sollen unter anderem Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus gefördert, die Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus unterstützt und die Entwicklung des integrierten Handlungskonzeptes wissenschaftlich begleitet werden. Mehr i.H.v. 250.000 EUR zur zusätzlichen Finanzierung der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus.

Begründung:

Aus dem HH Titel sollen – wie in den Vorjahren – lediglich Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus gefördert werden. Für die Förderung von Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus soll ein neuer HH Titel eingerichtet werden.

Die Erhöhung der Mittel dient der Förderung von Toleranz, Weltoffenheit und Solidarität der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das dafür geeignete Mittel ist die Umsetzung des von der Landesregierung entwickelten integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Dieses Konzept muss für die effektive und umfassende Anwendung auch im Rahmen der aktuellen Herausforderungen und Chancen mit zusätzlichem Geld hinterlegt werden, dies ist dazu der erste wichtige Schritt. Integration, ein respektvolles Kennenlernen und ein toleranter Umgang werden vor allem vor Ort realisiert. Deshalb sollen die zusätzlichen Mittel insbesondere dazu beitragen, in den Kreisen und kreisfreien Städten die Entwicklung und Umsetzung langfristig ausgerichteter Konzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus und zur Entwicklung demokratischer zivilgesellschaftlicher Netzwerke zu unterstützen. Die im integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus festgelegten Ziele sollen dabei den Rahmen geben. Auch das Mittel der mobilen Beratungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus hat sich als sehr effektiv erwiesen. Die Notwendigkeit des Ausbaus im Rah-

		<p>men der aktuellen Anforderungen zeigt sich schon heute in einer deutlich gestiegenen Nachfrage nach Beratung aus dem kommunalen Raum in Folge der Bewältigung der Aufgaben im Bereich der Unterstützung von Flüchtlingen und der Prävention von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.</p> <p>250.000 Euro sollen daher für die Arbeit der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus aufgewandt werden. Die Mobilen Beratungsteams haben insbesondere aufgrund der Flüchtlingssituation einen deutlichen Anstieg an Beratungsanfragen, die mit den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln nicht abzuarbeiten sind.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Landeszentrale für politische Bildung Titel 684 23 (neu) Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus</p> <p>Einrichtung eines neuen HH Titels mit der Zweckbestimmung „Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus“ mit einem Ansatz</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td>0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 200.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Förderung von Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus soll nicht über den HH Titel 07 070/684 22 erfolgen, sondern es soll ein neuer HH Titel mit einem Baransatz von 200.000 Euro hierfür eingerichtet werden.</p>	2016	2015	von 0 Euro	0 Euro	um 200.000 Euro		auf 200.000 Euro		<p>SPD: ja CDU: keine Beteiligung GRÜNE: ja FDP: nein PIRATEN: ja</p>
2016	2015										
von 0 Euro	0 Euro										
um 200.000 Euro											
auf 200.000 Euro											

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Titelgruppe 80</p> <p>Landeszentrale für politische Bildung Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte, Erinnerungskultur</p> <p>Titel 684 80 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 983.200 Euro</td> <td>983.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.483.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Ergänzung der Erläuterung zu Titel 684 80:</u> Von den Mitteln soll das Jüdische Museum Westfalen Zuwendungen in Höhe von 100.000 € erhalten.</p> <p>Begründung: Erinnerungskultur ist elementarer Teil der politischen Bildung. Gerade die NRW-Gedenkstättenarbeit ist durch innovative Konzepte beispielhaft und bedarf verstärkt der Unterstützung. Maßnahmen im Bereich der Erinnerungskultur sollen unter besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft mit einem Umfang von 500.000 Euro durchgeführt werden.</p> <p>Im Koalitionsvertrag 2012-2017, S.78, heißt es hierzu: <i>“Die ‚Erinnerungskultur‘ bedarf der weiteren Unterstützung durch das Land. Dabei sollen die unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklungsstränge unseres Landes angemessen berücksichtigt werden.“</i></p>	2016	2015	von 983.200 Euro	983.200 Euro	um 500.000 Euro		auf 1.483.200 Euro		<p>SPD: ja CDU: keine Beteiligung GRÜNE: ja FDP: nein PIRATEN: ja</p>
2016	2015										
von 983.200 Euro	983.200 Euro										
um 500.000 Euro											
auf 1.483.200 Euro											